



Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 2,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Preiskarte 1,25 Mark, Tages- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

Für die Woche vom 15. bis 21. August 1920 ist die Beitragsmarke in das mit 34 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

Unser Weg. III.

Die Beratungsvorlage, die den Delegierten alle zur Verbandsgeneralversammlung gestellten Anträge übersichtlich geordnet wie üblich durch die Verbandsleitung schon einige Zeit vor der Frankfurter Tagung aufgestellt worden war, erhielt in Frankfurt a. M. noch eine Ergänzung durch die Ortsverwaltung der Berliner Zahlstelle, die in ihrer Mehrheit auf dem Verbandstage vertreten war. Die Berliner Anträge wurden darin den Delegierten besonders vorgelegt, womit auf deren Bedeutung extra hingewiesen werden sollte. Von verschiedenen Rednern der Opposition, deren Kern die Berliner Vertreter waren, wurde auf die Wichtigkeit ihrer Anträge jedesmal hingewiesen, in ihnen liegt der Schlüssel zur Einigung, sie könnten als Maßstab des Entgegenkommens von Seiten der Mehrheit angesehen werden. Das von Berlin vorgelegene neue Statut enthält in der Hauptsache drei Punkte, die Gradmesser bilden sollten, und zwar Rechte, Pflichten und Zusammensetzung des Verbandsvorstandes, Einsetzung eines Verbandsausschusses und -beirats und Wahlmodus für die Delegiertenwahlen zum Verbandstag.

Ueber die Arbeiten des Verbandsvorstandes ist auf der ganzen Tagung naturgemäß viel geredet worden. Schwere Vorwürfe mußten sich die leitenden Personen und vor allen der erste Vorsitzende sagen lassen. Dabei wurde leider nicht immer sachliche Kritik geübt. Der Wunsch also, eine Zusammensetzung des Vorstandes zu ermöglichen und Befugnisse für ihn festzulegen, so daß nicht den angestellten Kollegen allein die Verantwortung für Beschlüsse und Handlungen zugeschrieben werden kann, erschien durchaus gerechtfertigt. Die Zahl der Vorstandsmitglieder wurde auf neun festgesetzt, so daß drei angestellten sechs nichtangestellte Mitglieder gegenüberstehen werden. Zu sehr lebhaften Auseinandersetzungen kam es aber, als der Ort bestimmt werden sollte, der die sechs ehrenamtlich tätigen Vorstandsmitglieder zu wählen hat. Die Mehrheit erklärte, daß sie nach den eigenen Erfahrungen der Vorortzahlstelle Berlin diese Ehrenpflicht nicht mehr übertragen könne, obwohl die Berliner Vertreter versicherten, auch der Minderheit in Berlin einige Mandate zu übertragen. Da eine Sitzüberlegung des Verbandsvorstandes als nicht möglich und unpraktisch abgelehnt wurde, kam es zu dem bekannten Beschluß, die Vorstandsmitglieder in sechs verschiedenen Städten des Reiches zu wählen, ein Beschluß, der für den Verband sehr kostspielig werden wird. Jedenfalls stehen seiner Durchführung nicht unerhebliche Schwierigkeiten entgegen, die Erfahrung wird lehren, ob und bis zu welchem Grade sie beseitigt werden können. Auf alle Fälle ist es nötig, einen arbeitsfähigen Vorstand zu schaffen. Das geht natürlich auch, wenn Berliner Mitglieder nicht in ihm vertreten sind. Nicht auf die parteipolitische Stellung der Mehrheit des Verbandsvorstandes kommt es an, sondern auf Fähigkeit, Wissen des Einzelnen und den ehrlichen Willen, unbeeinflusst von Personen und Stimmungen seine ganze Kraft zum Besten der Kollegenschaft einzusetzen.

Die Schaffung eines Verbandsbeirates hatte auch der Verbandsvorstand angeregt. Bisher waren die Gauleiter bei wichtigen Anlässen von der Leitung zusammengerufen worden, statutarische Rechte hatte die Gauleiterkonferenz jedoch nicht. Zumeist waren es agitatorische, kassentechnische und tarifliche Angelegenheiten, die dort beraten wurden und für deren Ein- und Durchführung die Gauleiter zuerst sorgen mußten. Auch für die Folge werden alle Maßnahmen, die auf Agitation und Verwaltung Bezug haben, in den Gauleiterkonferenzen behandelt werden müssen. Der Aufgabenkreis des Beirates ist aber weiter gezogen. Ihm sind bestimmte und, wie es in dem neuen Statut heißen soll, tiefschneidende Fragen des Verbandslebens zur Entscheidung überwiesen worden. Von der Einsetzung eines Ausschusses, der lediglich Kontrollinstanz und Beschwerdekommision bilden sollte, hat der Verbandstag abgesehen. Die ihm zugeordneten Arbeiten sind ebenfalls dem Beirat überwiesen worden, der auch die Gauleiter zu seinen Beratungen einladen kann. Durch den Beirat wird der Verbandsvorstand entlastet, da bestimmte Funktionen der Gemeinschaft beider Körperschaften übertragen sind. Dem Beirat gehören nur unbefohlene Mitglieder an, nur sie haben Beschlusrecht, und so ist den in Arbeit stehenden Berufsangehörigen weitgehendster Einfluß auf die Verwaltung gesichert. Ihm sind sogar Rechte eingeräumt worden, die der Verbandsvorstand nie besessen hat, er kann Statutenänderungen vornehmen, wenn gegebene Umstände es bedingen.

Die Opposition glaubt, mit der Einrichtung dieser Instanz ihren Einfluß verstärken zu können. Beschränkt sich ihre Tätigkeit nicht nur auf Kritik und wollen die Vertreter der Minderheit durch praktische Tätigkeit beweisen, daß auch sie auf ihre Art für die Organisation unter Ausschaltung persönlicher und parteipolitischer Motive alles daran setzen, um wirtschaftliche Erfolge für die Hilfsarbeiterchaft zu erzielen, werden die Mitglieder nur Vorteile von den Maßnahmen des Beirates haben. Wenig nubbringend, ja schädlich und gefährlich für die Einigkeit der Arbeiterchaft wäre es aber, würden in den Sitzungen des Beirates prinzipielle Streitigkeiten in der Hauptsache ausgetragen werden, die die Gemüter erhitzen und durch die selbst die Opposition wenig gewinnen kann. Wir wollen in Zukunft weniger reden und mehr arbeiten.

Das Wahlrecht zum Verbandstage ist endlich und gründlich geänbert worden. Anträge in dieser Richtung haben wohl auf jedem Verbandstage vorgelegen. Auf der Tagung in Bremen wurde ein dem Frankfurter Beschluß fast gleichlautender Antrag noch mit übergroßer Mehrheit abgelehnt. Selbst Berliner Vertreter stimmten dagegen, obwohl eine Berliner Mitgliederversammlung den durchaus demokratischen und allein gerechten Wahlmodus beantragt hatte. Die Vertreter der kleinen Mitgliedschaften ließen sich bisher nicht überzeugen, daß ihnen durch Aenderung des Wahlmodus kein Unrecht geschieht. Sie waren allerdings bei der Zusammenlegung des Verbandstages immer im Vorteil, der ihnen sogar von den großen Mitgliedschaften zugesprochen wurde, sollte ihnen doch genügender Einfluß auf die Gestaltung der organisatorischen Einrichtungen und wirtschaftlichen Maßnahmen als Ausgleich für ihre oft unter recht schwierigen Verhältnissen zu leistende Organisationsarbeit geboten werden, die unbedingt besondere Berücksichtigung, bei den Verbandstagsbeschlüssen verlangte. Diese Gründe bestehen zum

Teil heute noch, allerdings nicht mehr in dem Umfange wie früher. Es leuchtet aber ohne weiteres ein, daß eine gebührende Rücksichtnahme trotzdem auf die Provinzverhältnisse erfolgen kann, wenn die Delegierten des Verbandstages sich nicht nur als Vertreter ihrer Zahlstelle betrachten. Und darauf kommt es an.

So ist in den hauptsächlich strittigen Fragen eine gewisse Verständigung erzielt, ein Ausgleich geschaffen worden, der wie immer auf der Mittellinie liegt und keinen Teil recht befriedigt haben wird. Beide Parteien haben nachgeben müssen, manchmal freiwillig, manchmal gezwungen. Niemand wird sich einbilden, daß durch die Frankfurter Beschlüsse der Richtungsstreit in unserm Verbands aus der Welt geschafft ist. Diese grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten werden nur durch die wirtschaftliche und politische Entwicklung der bestehenden Verhältnisse geklärt werden können. Was wir aber zurzeit dringend nötig haben, ist die Einheitslichkeit des Handelns. Als geschlossene Masse, im Verein mit der Arbeiterchaft des ganzen Gewerbes haben wir bedeutende Einwirkung auf die Gestaltung unserer beruflichen Verhältnisse. Im Graphischen Bund ist diese Tendenz des gemeinsamen Handelns zum Ausdruck gekommen. In der Einleitung dieser Artikelserie wurde schon darauf hingewiesen und in dem Verhandlungsbericht wird es jeder haben nachlesen können, daß auf dem Verbandstage viel von dem guten Willen die Rede war, jeder wollte nur im Allgemeininteresse geredet haben. Sehen wir jetzt Worte in die Tat um, beweisen wir den guten Willen. Versuche jeder Einzelne nach den Schlussworten unseres Vorsitzenden in kollegialer Zusammenarbeit dem andern Vorbild zu sein.

Die fünfte ordentliche Generalversammlung der Österreichischen Hilfsarbeiter.

Am 5. und 6. Juni tagte in Wien die Generalversammlung unseres Bruderverbandes in Deutschösterreich. Dreißig Delegierte, darunter 16 weibliche, vertraten neun Ortsgruppen mit zusammen 5694 Mitgliedern. Von allen berufsverbundenen Organisationen waren Vertreter erschienen, unser Verband war durch den Kollegen Bucher vertreten.

Den Bericht des Zentralvorstandes erstattete Kollege Wetzl, der eine eingehende Darstellung von der Tätigkeit der Verbandsleitung seit der letzten Generalversammlung gab, die im Jahre 1917 stattgefunden hatte. Die Vereinbarung über Feuerungszulagen hat auch in Deutschösterreich, das bekanntlich wirtschaftlich noch viel schlechter bestellt ist als Deutschland, in erster Linie alle Kräfte der graphischen Arbeiterchaft beschäftigt. Die Unternehmer sind dort ebenso bewilligungsfreudig wie bei uns. An einigen Orten ist es daher zu Konflikten gekommen, die aber wie in Graz und Linz nach kurzer Zeit erfolgreich beigelegt werden konnten.

Durch die politische Umwälzung nach dem Kriege hat der Hilfsarbeiterverband Deutschösterreichs eine Anzahl Ortsgruppen verloren. Insgesamt wurden vom Verband 97 Mitglieder abgetrennt. Die Zahlstellen Arnan-Hohenelbe, Bränn, Reichenberg, Krakau, Lemberg, Cernowitz und Triefst mußten von der Organisation abgelöst werden. Mit der Kollegenschaft in der tschechischen Republik wurde ein Gegenseitigkeitsvertrag abgeschlossen.

Das Bestreben innerhalb der Arbeiterchaft zum engeren Zusammenschluß aller Berufsangehörigen fand auf dem Verbandstag der deutschösterreichischen Kollegen lebhafte Anerkennung. Der Verbandsvorstand wurde beauftragt, die Vorbedingungen für den Anschluß an den Verband der Buchdrucker zu treffen. Eines der ersten anzustrebenden Ziele gemeinsamer Arbeit wird die Zusammenfassung des Tarifwesens im Buchdruckgewerbe sein.

Schon jetzt besteht in Oesterreich ähnlich wie bei uns eine im graphischen Kartell geschaffene Verbindung der vier Organisationen. Kollege Wlczel konnte in seinem Bericht über Erfolge aus der Tätigkeit des Kartells bestimmte Angaben machen. Die graphischen Verbände haben die Forderungen der letzten Feuerungszulagen durch das Kartell durchgesetzt, sozialpolitische Vereinbarungen getroffen und Abwehraktionen erfolgreich durchgeführt.

Aus dem Klassenbericht des Kollegen Senninger ging hervor, daß einer Gesamteinnahme von 466.767,79 Kronen eine Ausgabe von 385.131,44 Kronen gegenüberstand. Der erzielte Ueberschuß verringerte sich in diesem Jahre, das in dem Rechnungsabluß nicht miteinbegriffen ist, so bedeutend, daß eine Erhöhung der Mitgliederbeiträge vom Vorstand beantragt werden mußte.

Der Vorsitzende unseres Verbandes Kollege Bucher betonte in der Aussprache über die Anträge zur Neuregelung des Beitrags- und Unterstützungs wesens nachdrücklich die große Bedeutung finanziell starker Gewerkschaften. Man müsse endlich von der Idee abgehen, die höhere Beitragsleistung für die Gewerkschaft als Opfer zu betrachten, denn das gerade Gegenteil sei richtig. Je stärker wir unsere Gewerkschaften machen, desto leistungsfähiger und wertvoller werden sie für die Mitgliedschaft. Wir leiden als Hilfsarbeiterorganisation unter der Fluktuation der Mitglieder, aber wenn wir Beiträge und Leistungen der Gewerkschaft höher festlegen, dann unterbinden wir zum Teil die Fluktuation, denn dann wird sich das einzelne Mitglied nicht so leicht entschließen, seine erworbenen Rechte aufzugeben. Wir müssen von dem Grundabgesehen, daß alles, was die Mitglieder für ihre Organisation leisten, sie in erster Linie für sich selbst leisten. Auch bei der Frage des Anschlusses an die Buchdruckerhilfschaft hat die eigene Stärke große Bedeutung, denn wenn sich die Hilfsarbeiterchaft in diesem Bunde mit dem großen Bruder das Mitbestimmungsrecht sichern wolle, wenn sie Wert darauf lege, als ebenbürtig und gleichberechtigt behandelt zu werden, dann müsse man auch dafür sorgen, daß man die entsprechende finanzielle Kraft besitze, damit in keinem Teil das Gefühl Platz greife, nur mitgeschleppt zu werden.

Zimmensee.

Von Theodor Storm.

Im Walde.

So lebten die Kinder zusammen; sie war ihm oft zu still, er war ihr oft zu heftig, aber sie liebten deshalb nicht voneinander; fast alle Freistunden teilten sie, winters in den beschränkten Zimmern ihrer Mütter, sommers in Busch und Feld. — Als Elisabeth einmal in Reinhard's Gegenwart von dem Schullehrer gelobt wurde, stieß er seine Tafel zornig auf den Tisch, um den Eifer des Mannes auf sich lenken. Es wurde nicht bemerkt. Aber Reinhard verlor alle Aufmerksamkeit an den geographischen Vorträgen; statt dessen verfaßte er ein langes Gedicht; darin verglich er sich selbst mit einem jungen Adler, den Schulmeister mit einer grauen Krähe, Elisabeth war die weiße Taube; der Adler gelobte, an der grauen Krähe Rache zu nehmen, sobald ihm die Flügel gewachsen sein würden. Dem jungen Dichter standen die Tränen in den Augen; er kam sich sehr erhaben vor. Als er nach Hause gekommen war, wußte er sich einen kleinen Pergamentband mit vielen weißen Blättern zu verschaffen; auf die ersten Seiten schrieb er mit sorgfältiger Hand sein erstes Gedicht. — Bald darauf kam er in eine andere Schule; hier schloß er manche neue Kameradschaft mit Knaben seines Alters; aber sein Verehrer mit Elisabeth wurde dadurch nicht gestört. Von den Märgen, welche er ihr sonst erzählt und wieder erzählt hatte, fing er jetzt an, die, welche ihr am besten gefallen hatten, aufzuschreiben; dabei wandelte ihn oft die Lust an, etwas von seinen eigenen Gedanken hineinzuwickeln; aber, er wußte nicht weshalb, er konnte immer nicht dazu gelangen. So schrieb er sie genau auf, wie er sie selber gehört hatte. Dann gab er die Blätter an Elisabeth, die sie in einem Schuttsack ihrer Schatulle sorgfältig aufbewahrte; und es gewährte ihm eine anmutige Befriedigung, wenn er sie mitunter abends diese Geschichten in seiner Gegen-

Darum möge man bei der Beratung der Beitragsleistung nicht kleinlich und ängstlich sein, sondern zielbewußt, und die Mitgliedschaft wird es danken.

Die Beitragsleistung regelte der Verbandstag, wie folgt: Ab 3. Juli 1920 wird der Wochenbeitrag betragen für die

1. Klasse (Zeitungsaussträger in Wien) 1 Kr.,
2. Klasse (Buchdruckerei - Hilfsarbeiterinnen) 2,50 Kr.,
3. Klasse (Buchdruckereihilfsarbeiter und Expeditionsarbeiter) 3,50 Kr.

Auch die Unterstützungen wurden entsprechend erhöht.

Die für die Vereinigung mit dem Buchdruckerverband einstimmig angenommene Entschließung hat folgenden Wortlaut:

„Die am 5. und 6. Juni 1920 tagende fünfte ordentliche Generalversammlung des Reichsvereines der Hilfsarbeiterschaft des Buchdruck- und Zeitungsgewerbes Oesterreichs beauftragt den Zentralausschuß, mit dem Vorstand des Verbandes der Buchdrucker die Anschluß- und Uebertrittsfrage in allen Phasen zu vereinbaren und erst, wenn in dieser Angelegenheit eine befriedigende Einigung erzielt wurde, den Uebertritt zu bewerkstelligen.“

Weiter wird der Zentralausschuß beauftragt, alles daran zu setzen und mit aller Kraft auf den Ausbau, die Kräftigung sowie die Anerkennung des Kartells bei den Prinzipalen und Mitgliedern hinzuwirken.“

Ein Vertreter des Verbandsvorstandes der Buchdrucker erklärte dazu, daß der Verband eine Umfrage an die Landesvereine hat ergehen lassen, in welcher die Vereine aufgefordert wurden, zur Anschlußfrage der Hilfsarbeiter Stellung zu nehmen. Sämtliche Landesvereine haben ihre Zustimmung erteilt, für den Verbandsvorstand, der dieser Angelegenheit mit voller Sympathie gegenüberstehe, sei somit die Stellungnahme hierzu in zukünftigem Sinne gegeben. Er verwies auch auf die große Bedeutung des Anschlusses für das Tarifwesen.

Ueber die Bestrebungen zur Schaffung eines Reichstariers referierte ebenfalls Kollege Wlczel. Er gab einen kurzen Bericht über die tarifliche Arbeit in der Berichtsperiode und wies darauf hin, daß die kommende Tarifrevision das seit dem Jahre 1914 auf Schaffung eines Reichstariers abzielende Bestreben der Verwirklichung näher bringen möge. An den Reichsverband der Buchdruckereibesitzer wurde unsere Vorlage schon vor einiger Zeit eingereicht. Wir haben die Zusage erhalten, daß sich die Reichsverbandsleitung für das Zustandekommen des Reichstariers einsetzen wird, eine bindende Erklärung konnte jedoch noch nicht gegeben werden, da

wart aus den von ihm geschriebenen Heften ihrer Mutter vorlesen hörte.

Sieben Jahre waren vorüber. Reinhard sollte zu seiner weiteren Ausbildung die Stadt verlassen. Elisabeth konnte sich nicht in den Gedanken finden, daß es nun eine Zeit ganz ohne Reinhard geben werde. Es freute sie, als er ihr eines Tages sagte, er werde, wie sonst, Märchen für sie aufschreiben; er wolle sie ihr mit den Briefen an seine Mutter schicken; sie müsse ihm dann wieder schreiben, wie sie ihr gefallen hätten. Die Abreise rückte heran; vorher aber kam noch mancher Reim in den Pergamentband. Das allein war für Elisabeth ein Geheimnis, obgleich sie die Veranlassung zu dem ganzen Buche und zu den meisten Liedern war, welche nach und nach fast die Hälfte der weißen Blätter gefüllt hatten.

Es war im Juni; Reinhard sollte am andern Tage reisen. Nun wollte man noch einmal einen festlichen Tag zusammen begehen. Dazu wurde eine Landpartie nach einer der nahe gelegenen Hölzungen in größerer Gesellschaft veranstaltet. Der stundenlange Weg bis an den Saum des Waldes wurde zu Wagen zurückgelegt; dann nahm man die Proviantkörbe herunter und marschierte weiter. Ein Tannengehölk mußte zuerst durchwandert werden; es war kühl und dümmelig, und der Boden überall mit seinen Nadeln bestreut. Nach halbstündigem Wandern kam man aus dem Tannenuntel in eine frische Buchenwaldung; hier war alles licht und grün, mitunter brach ein Sonnenstrahl durch die blätterreichen Zweige; ein Eidschäpchen sprang über ihren Köpfen von Ast zu Ast. — Auf einem Plage, über welchem uralte Buchen mit ihren Kronen zu einem durchsichtigen Laubgewölbe zusammenwachsen, machte die Gesellschaft halt. Elisabeth's Mutter öffnete einen der Körbe; ein alter Herr warf sich zum Proviantmeister auf. „Alle um mich herum, ihr jungen Vögel!“ rief er. — Und merket genau, was ich euch zu sagen habe. Im Frühstück erhält jetzt ein jeder von euch zwei trockene Wecken; die Butter ist zu Hause geblieben,

die bekannten Widerstände einzelner Landesvereine der Prinzipale dem noch entgegenstehen. Die Vorlage ist den Ortsgruppen zugegangen und bisher sind keine Einwendungen dagegen erhoben worden. Es werden sich daher unsere Tarifbestimmungen in diesem Rahmen bewegen. Ob wir diesmal endlich durchbringen werden, ist noch nicht mit Bestimmtheit vorauszusagen, da die allgemeine Wirtschaftslage noch immer sehr schwankend ist. Auf jeden Fall werden wir danach trachten, den Reichstari unter Dach zu bringen.

Für den Fall, daß der Verband noch eine Generalversammlung abhalten muß, wurde wieder Wien als Tagungsort bestimmt.

So wurden in zwei Verhandlungstagen die Arbeiten des Verbandstages erledigt. Neue Wege und neue Ziele hat die fünfte ordentliche Generalversammlung der Hilfsarbeiterschaft des Buchdruckgewerbes in Oesterreich gesehen. Diese Erkenntnis gibt der Tagung das Gepräge, und darum darf diese Generalversammlung wohl als die denkwürdigste in der dreißigjährigen Geschichte der Organisation bezeichnet werden.

Die Kriegskritik der freien Gewerkschaften.

II.

Unter dem Eindruck der in den ersten Tagen nach Ausbruch des Krieges eingetretenen allgemeinen Stodung des Wirtschaftslebens hielt es die Mehrzahl der Vorstände für unmöglich, daß während der Dauer des Krieges die sachungsmäßigen Unterstützungen im vollen Umfange weitergewährt werden könnten, wenn man nicht die Existenz der Gewerkschaften aufs Spiel setzen wolle. Allgemeine für alle Verbände gleich gültige Maßnahmen konnten jedoch bei der verschiedenen Gestaltung der Unterstützungsanstaltungen in den Verbänden und ihrer voneinander abweichenden Leistungsfähigkeit nicht durchgeführt werden. Diese zu treffen mußte den einzelnen Vorständen überlassen bleiben. Nebereinstimmung wurde jedoch darin erzielt, daß in erster Linie die Unterstützung der arbeitslosen Mitglieder gesichert werden müsse, und daß hierbei mehr Wert auf die Dauer als die Höhe der Unterstützung zu legen sei. Die übrigen Unterstützungen sollten zugunsten der Arbeitslosenfürsorge, soweit es erforderlich erschien, ausgehoben oder doch eingeschränkt werden. Naturgemäß drängte sich den Verbänden auch die Frage der Unterstützung der Familien der Kriegsteilnehmer auf. Eine solche in fester Form als Verbandsunterstützung einzuführen, lehnte die Mehrheit der Verbände ab. Doch wurden fast in allen Verbänden solche Unterstützungen

die Zukunft müßt ihr euch selber suchen. Es stehen genug Erdbeeren im Walde, das heißt, für den, der sie zu finden weiß. Wer ungeschickt ist, muß sein Brot trocken essen; so geht es überall im Leben. Habt ihr meine Rede begriffen?“

„Jawohl!“ riefen die Jungen.

„Ja, seht,“ sagte der Alte, „sie ist aber noch nicht zu Ende. Wir Alten haben uns im Leben schon genug umhergetrieben; darum bleiben wir jetzt zu Hause, das heißt, hier unter diesen breiten Bäumen und schälen die Karloffeln und machen Feuer und rüsten die Tafel, und wenn die Uhr zwölf ist, setzen auch die Eier gekocht werden. Dafür seid ihr uns von euren Erdbeeren die Hälfte schuldig, damit wir auch einen Nachtschj servieren können. Und nun geht nach Ost und West und seid ehrlich!“

Die Jungen machten allerhand iehelmsche Gesicht. „Halt!“ rief der alte Herr noch einmal. „Das brauche ich euch wohl nicht zu sagen: wer keine findet, braucht auch keine abzuliefern; aber das schreibt euch wohl hinter eure feinen Ohren, von uns Alten bekommt er auch nichts. Und nun habt ihr für diesen Tag gute Lehren genug; wenn ihr nun noch Erdbeeren dazu habt, so werdet ihr für heute schon durchs Leben kommen.“

Die Jungen waren derselben Meinung und begannen sich paarweise auf die Fahrt zu machen.

„Nimm, Elisabeth,“ sagte Reinhard, „ich weiß einen Erdbeerenschlag; du sollst kein trockenes Brot essen.“

Elisabeth knüpfte die grünen Bänder ihres Strohhutes zusammen und hing ihn über den Arm. „So komm,“ sagte sie, „der Korb ist fertig.“

Dann gingen sie in den Wald hinein, tiefer und tiefer; durch feuchte undurchdringliche Baumshatten, wo alles still war, nur unsichtbar über ihnen in den Lüften das Geschrei der Falken; dann wieder durch dichtes Gestrüpp, so dicht, daß Reinhard vorangehen mußte, um einen Pfad zu machen, hier einen Zweig zu knicken, dort eine Ranken beiseite zu biegen. Bald aber hörte er hinter sich Elisabeth seinen Namen rufen. Er wandte sich um.

geleistet, zum größten Teile jedoch als besondere Zuwendungen und häufig aus eigens zu diesem Zweck geschaffenen Fonds. Die Einschränkung der jagungsmäßigen Unterstützungen war nicht von langer Dauer. Bei einem Teil der Verbände war sie überhaupt nicht erfolgt und, soweit es geschehen, konnte bereits im Anfang des Jahres 1915, als sich die Wirtschaftslage wieder befestigt hatte, der Ausnahmezustand beseitigt und zur vollen Gewährung der Unterstützungen übergegangen werden.

Die Kriegsstatistiken geben von den Unterstützungsausgaben der Zentralverbände ein von den Gewerkschaftsstatistiken abweichendes Bild. Es erscheinen hier die Ausgaben nicht in jährlichen Abschnitten, sondern sie werden durch die Methode der Fortschreibungszahlen als Gesamtleistung während des Krieges, in stufenweiser Entwicklung vor Augen geführt. Es verausgabten die Verbände vom Beginn des Krieges bis zum 30. September 1918 78,7 Millionen Mark für Unterstützungen aller Art. Davon entfielen 25,8 Millionen auf Arbeitslosen- und 26,9 Millionen auf Familienunterstützung. Schon bis zum 31. Oktober 1914 waren 12,8 Millionen an Arbeitslosenunterstützung gezahlt worden, und am Schlusse des ersten Kriegsjahres, dem 31. Juli 1915, belief sich diese Ausgabe bereits auf 21,6 Millionen Mark. Im weiteren Verlauf des Krieges trat dann nur noch eine Steigerung dieser Ausgabe um 4,2 Millionen ein. Anders gestaltete sich die Entwicklung der Ausgabe für Familienunterstützung. Diese Ausgabe betrug am Schlusse des ersten Kriegsjahres 10,4 Millionen Mark, vermehrte sich demnach noch bis zum 30. September 1918 um 21,1 Millionen Mark. Ein lehrreicher Vergleich ergibt sich bei Berechnung des prozentualen Anteils der beiden Unterstützungen an der Gesamtausgabe für Unterstützungen. Von 100 M. Gesamtunterstützung kamen am Schlusse des ersten Kriegsjahres 59 M. auf Arbeitslosen- und 28 M. auf Familienunterstützung. Am 30. September 1918 entfielen dagegen auf die erste 33 M. und auf die zweite 34 M. Der Anteil der Arbeitslosenunterstützung hat sich während dieser Zeit um 26 M. verringert und der Anteil der Familienunterstützung um 6 M. erhöht. Der auf die Arbeitslosenunterstützung am Schlusse des ersten Kriegsjahres entfallende Anteil von 59 M. bildete das Höchstmaß, er verringert sich von diesem Zeitpunkt an fortgesetzt. Bei der Familienunterstützung steigt der Anteil dagegen bis zum Schlusse des Jahres 1916 bis auf 37 M. und hält sich dann bis Ende 1917 auf gleicher Höhe.

Mit dem Ausbruch des Krieges schloß für die freien Gewerkschaften ein geschichtlicher Entwicklungsabschnitt ab. Es war die Zeit der organisatorischen Schulung der Arbeiterklasse zur wirksamen

Vertretung ihrer wirtschaftlichen Angelegenheiten. Indem die Gewerkschaften in harten Kämpfen für die Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen und das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter im Arbeitsprozeß stritten, förderten sie den materiellen und geistigen Aufstieg des Proletariats. Die Gewerkschaften bahnten damit der Arbeiterklasse den Weg zur wirtschaftlichen Macht, die sie besitzen muß, um eine planmäßige Ueberleitung der kapitalistischen Produktion in eine gesellschaftliche herbeiführen zu können. Eine schwere, verantwortungsvolle Aufgabe hat nun die Arbeiterklasse zu leisten, nachdem sie durch den Zusammenbruch der autoritären-militaristischen Staatsverfassung Deutschlands viel frühzeitiger vor die Lösung sozialistischer Aufgaben gestellt worden ist, als es bei normaler Entwicklung der Fall gewesen wäre. Man mag über die Entwicklung der Sozialisierung und die zu ihrer Weiterbetreibung zu ergreifenden Maßnahmen verschiedener Auffassung sein. Das eine steht wohl fest: die Frage der Sozialisierung der Wirtschaft wird nunmehr in dem Aktionsprogramm der Gewerkschaften einen hervorragenden Platz einnehmen.

In diesem Sinne bedeutet die Kriegszeit ein Uebergangsstadium von einer vergangenen zu einer neuen Epoche gewerkschaftlicher Tätigkeit. Die Aufgabe, die sich die Gewerkschaftsleitungen beim Ausbruch des Krieges stellten: der Arbeiterklasse ihre gewerkschaftlichen Organisationen über die Kriegszeit hinweg zu erhalten, wurde erfolgreich gelöst. Die aus dem Felde zurückflutenden Massen fanden bei den alten Organisationen vor, die den nach Ausbruch der Revolution einsetzenden Zustrom zu den Gewerkschaften erfassen und in sich aufnehmen konnten. Damit wurde die erweiterte Aktionsfähigkeit des Proletariats zusammengefaßt, in eine einheitliche Richtung gedrängt und auf das gleiche Ziel gelenkt. Und wenn der Strom auch manchmal wild über die Ufer brandete und es zeitweilig schien, als wolle er die Dämme durchbrechend sich ins Weite ergießen, so hat sich doch aus den Wirren der Zeit das Proletariat sein bestes Gut gerettet: die Einheit der Gewerkschaftsbewegung. Sie zu wahren und zu sichern, muß erste Aufgabe aller bleiben, die mit heißem Herzen den endgültigen Sieg des Sozialismus herbeiführen.

Das Existenzminimum im Juli 1920.

Von Dr. R. Kuczynski, Direktor des Statistischen Amtes Berlin-Schöneberg.

Der Juli brachte eine weitere Verbilligung von Kleidern und Wäsche. Auch einzelne ausländische Nahrungsmittel, wie Reis, gingen im Preise zurück. Andererseits verteuerte der Mangel an Kartoffeln

die Lebenshaltung. Dazu kam der Steuerabzug vom Lohne. Infolgedessen sind die Kosten des Existenzminimums, die im Juni bedeutend gesunken waren, im Juli wiederum gestiegen. Von den rationierten Nahrungsmitteln kosteten in Groß-Berlin Zucker und Milch 5mal soviel wie vor dem Kriege, Brot 10mal soviel, Butter 14mal soviel, Margarine 17mal soviel, Schmalz 31mal soviel. Beschränkt man sich auf die rationierten Mengen, so ergibt sich im ganzen eine Verteuerung auf das Dreizehnfache. In den fünf Wochen vom 28. Juni bis 1. August wurden an die Bevölkerung verteilt:

	Preis Juli 1920	Preis Juli 1914
10 250 g Brot	2428 Pf.	253 Pf.
1 825 g Nahrungsmittel	901	87
125 g Reis	145	6
125 g Hafertafel	450	30
6 500 g Kartoffeln	530	69
1 250 g Fleisch	2562	213
100 g Butter	375	26
460 g Margarine	1294	74
430 g Schmalz	1720	56
125 g Talg	310	17
850 g Zucker	340	37
500 g Marmelade	450	30
	11 505	898

Dieselben rationierten Mengen, für die man jetzt 115,05 M. zahlen muß, konnte man vor sechs Jahren für 8,98 M. kaufen. Diese rationierten Mengen enthalten nun aber im Wochendurchschnitt nur etwa 10 600 Kalorien, d. h. noch nicht soviel, wie ein Kind von sechs bis zehn Jahren benötigt. Man wird also das Existenzminimum der Ernährung eines solchen Kindes in Groß-Berlin bei äußerster Einschränkung auf 23 M. ansetzen können. Eine Frau braucht etwa $7 \times 2400 = 16 800$ Kalorien. Sie müßte zu den rationierten Mengen noch Lebensmittel im Nährwert von $16 800 - 10 600 = 6200$ Kalorien hinzukaufen. Das könnte sie am billigsten tun, indem sie sich noch 3 Pfd. Kartoffeln für 3 M., $\frac{1}{2}$ Pfd. Graupen für 3 M., 1 Pfd. weiße Bohnen für 2,50 M. und $\frac{1}{2}$ Pfd. Margarine für 5,75 M. verschaffte. Ihr wöchentlicher Mindestbedarf für Nahrungsmittel hätte also 37 M. gekostet. Ein Mann benötigt wöchentlich etwa $7 \times 3000 = 21 000$ Kalorien. Die 4200 Kalorien, die er mehr braucht als eine Frau, könnte er sich zuführen in Form von 1 Pfd. Reis für 6 M., $\frac{1}{2}$ Pfd. Marmelade für 2,25 M., 10 Pfd. Gemüse für 7 M. und 2 Pfd. Obst für 3 M. Sein wöchentlicher Mindestbedarf für Nahrungsmittel würde also etwa 55 M. kosten. Eine Familie von Mann, Frau und zwei Kindern

„Reinhardt!“ rief sie. „Warte doch, Reinhardt!“ Er konnte sie nicht gewahr werden; endlich sah er sie in einiger Entfernung mit den Sträuchern kämpfen; ihr feines Köpfchen schwamm nur kaum über den Spitzen der Farnkräuter. Nun ging er noch einmal zurück und führte sie durch das Wirris der Kräuter und Stauden auf einen freien Platz hinaus, wo blaue Falter zwischen den einsamen Waldblumen flatterten. Reinhardt strich ihr die feuchten Haare aus dem erhitzten Gesichtchen; dann wollte er ihr den Strohhut aufsetzen, und sie wollte es nicht leiden; dann aber bat er sie, und dann ließ sie es doch geschehen.

„Wo bleiben denn aber deine Erdbeeren?“ fragte sie endlich, indem sie stehenblieb und einen tiefen Atemzug tat.

„Hier haben sie gestanden,“ sagte er; „aber die Sträuten sind uns zuvorgekommen, oder die Warber, oder vielleicht die Elsen.“

„Ja,“ sagte Elisabeth, „die Blätter stehen noch da; aber sprich hier nicht von Elsen. Komm nur, ich bin noch gar nicht müde; wir wollen weitersehen.“

Vor ihnen war ein kleiner Bach, jenseits wieder der Wald. Reinhardt hob Elisabeth auf seine Arme und trug sie hinüber. Nach einer Weile traten sie aus dem schattigen Laube wieder in eine weite Pflanzung hinaus. „Hier müssen Erdbeeren sein“, sagte das Mädchen, „es duftet so süß.“

Sie gingen suchend durch den sonnigen Raum; aber sie fanden keine. „Kein,“ sagte Reinhardt, „es ist nur der Duft des Heidekrautes.“

Himbeerbüsche und Hüllsenborn standen überall durcheinander; ein starker Geruch von Heidekräutern, welche abwechselnd mit kurzem Graße die freien Stellen des Bodens bedeckten, erfüllte die Luft. „Hier ist es einlam,“ sagte Elisabeth; „wo mögen die anderen sein?“

An den Rückweg hatte Reinhardt nicht gedacht. „Warte nur; woher kommt der Wind?“ sagte er und hob seine Hand in die Höhe. Aber es kam kein Wind.

„Still,“ sagte Elisabeth, „mich dünkt, ich hörte sie sprechen. Rufe einmal dahinunter.“

Reinhardt rief durch die hohle Hand: „Kommt hierher!“ — „Hierher!“ rief es zurück.

„Sie antworten!“ sagte Elisabeth und klatschte in die Hände.

„Nein, es war nichts, es war nur der Widerhall.“

Elisabeth faßte Reinhardts Hand. „Mir graut!“ sagte sie.

„Nein,“ sagte Reinhardt, „das muß es nicht. Hier ist es prächtig. Setz dich dort in den Schatten zwischen die Kräuter. Laß uns eine Weile ausruhen; wir finden die anderen schon.“

Elisabeth setzte sich unter eine überhängende Buche und lauschte aufmerksam nach allen Seiten; Reinhardt saß einige Schritte davon auf einem Baumstumpf und sah schweigend nach ihr hinüber. Die Sonne stand gerade über ihnen; es war glühende Mittagshitze; kleine goldglänzende, stahlblaue Fliegen standen flügelstingend in der Luft; rings um sie her ein feines Schwirren und Summen, und manchmal hörte man tief im Walde das Sämmern der Spechte und das Kreischen der anderen Waldbögel.

„Durch!“ sagte Elisabeth. „Es läutet.“

„Wo?“ fragte Reinhardt.

„Sinter uns. Hörst du? Es ist Mittag.“

„Dann liegt hinter uns die Stadt; und wenn wir in dieser Richtung gerade durchgehen, so müssen wir die anderen treffen.“

So traten sie ihren Rückweg an; das Erdbeer-suchen hatten sie aufgegeben, denn Elisabeth war müde geworden. Endlich klang zwischen den Bäumen hindurch das Lachen der Gesellschaft; dann sahen sie auch ein weißes Tuch am Boden schimmern, das war die Tafel, und darauf standen Erdbeeren in Hülle und Fülle. Der alte Herr hatte eine Serviette im Knopfloch und hielt den Jungen die Fortsetzung seiner moralischen Reden, während er eifrig an einem Braten herumtraufelte.

„Da sind die Nachzügler,“ riefen die Jungen, als sie Reinhardt und Elisabeth durch die Bäume kommen sahen.

„Hierher!“ rief der alte Herr, „Tücher ausgeleert, Güte umgekehrt! Nun zeigt her, was ihr gefunden habt.“

„Hunger und Durst!“ sagte Reinhardt.

„Wenn das alles ist,“ erwiderte der Alte und hob ihnen die volle Schüssel entgegen, „so müßt ihr es auch behalten. Ihr kennt die Abrede; hier werden keine Müßiggänger gefüttert.“ Endlich ließ er sich aber doch erbitten, und nun wurde Tafel gehalten; dazu schlug die Drossel aus den Wacholderbüschen.

So ging der Tag hin. — Reinhardt hatte aber doch etwas gefunden; waren es keine Erdbeeren, so war es doch auch im Walde gewachsen. Als er nach Hause gekommen war, schrieb er in seinen alten Pergamentband:

„Hier an der Bergeshalbe
Verstummet ganz der Wind;
Die Zweige hängen nieder,
Darunter sitzt das Kind.
Sie sitzt in Thymiane,
Sie sitzt in lauter Duft;
Die blauen Fliegen summen
Und blühen durch die Luft.
Es steht der Wald so schweigend,
Sie schaut so flug darein;
Um ihre braunen Locken
Hinfleht der Sonnenschein.
Der Ruckel lacht von ferne,
Es geht mir durch den Sinn:
Sie hat die goldenen Augen
Der Waldeskönigin.“

So war sie nicht allein sein Schöpfer; sie war ihm auch der Ausdruck für alles Liebliche und Wunderbare seines aufgehenden Lebens.

(Fortsetzung folgt.)

von sechs bis zehn Jahren würde mit 138 M. wöchentlich für Nahrung auskommen.

Rechnet man für den Mindestbedarf an Wohnung den Preis von Stube und Küche, für Heizung 1 Zentner Briketts und für Beleuchtung 6 Kubikmeter Gas, so ergeben sich als Wochenbedarf für Wohnung 9 M., für Heizung 16,10 M., für Beleuchtung 6 M.

Für Bekleidung, d. h. für Beschaffung und Instandhaltung von Schuhwerk, Kleidern und Wäsche, sind mindestens anzusetzen: Mann 33 M., Frau 22 M., Kind 11 M.

Für alle sonstigen lebensnotwendigen Ausgaben (Wäschereinigung, Nahrung, Steuern usw.) wird man, da der Steuerabzug vom Lohn nunmehr in Kraft getreten ist, einen Zuschlag von 1/4 (bisher 1/2) machen müssen.

Als wöchentliches Existenzminimum ergibt sich somit für den Juli 1920 in Groß-Berlin:

	Mann	Ehepaar	Ehepaar mit zwei Kindern
Ernährung	55	92	138
Wohnung	9	9	9
Heizung, Beleuchtung	22	22	22
Bekleidung	33	55	77
Sonstiges	40	59	82
	159	237	328

Auf den Arbeitstag umgerechnet, beträgt der notwendige Mindestverdienst für einen alleinstehenden Mann 26 M., für ein kinderloses Ehepaar 39 M., für ein Ehepaar mit zwei Kindern von sechs bis zehn Jahren 55 M. Auf das Jahr umgerechnet beträgt das Existenzminimum für den alleinstehenden Mann 8300 M., für das kinderlose Ehepaar 12 400 M., für das Ehepaar mit zwei Kindern 17 100 M.

Vom Juli 1914 bis zum Juli 1920 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen: für den alleinstehenden Mann von 16,65 Mark auf 159 M., d. h. auf das 9,5fache, für ein kinderloses Ehepaar von 22,20 M. auf 237 M., d. h. auf das 10,7fache, für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 28,70 M. auf 328 M., d. h. auf das 11,4fache. In dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen, ist die Mark jetzt 9 bis 10 Pfg. wert. (Im Juni war die Mark 10 bis 11 Pfg., im Mai und April 8 bis 9 Pfg., im März 9 bis 10 Pfg., im Februar 12 Pfg. wert gewesen.)

Aus unseren Zahlstellen.

Erfurt. Das gesamte Hilfspersonal der Firma Ohlenroth — rund 50 Personen — traten am 9. August in den Ausstand. Familienväter mit 130,— und 140,— M. wöchentlich zogen ein Ende mit Schrecken dem langsamem Hungertode vor. Ein Vermittlungsvorschlag des Gauleiters wurde von der Firma abgelehnt, da sie angeblich durch Zahlung tariflicher Löhne konkurrenzunfähig, außerdem durch eine hohe Konventionalstrafe den andern Firmen gegenüber gehindert würde.

Gotha. In der Mitgliederversammlung am 27. Juli erstattete Kollege Zimmermann den Bericht vom Verbandstag in Frankfurt a. M. Wenn auch während der ganzen Tagung die Meinungen hart aufeinander geprallt wären, so sei doch von beiden Richtungen der Wille vorherrschend gewesen, eine Basis zu finden, die es ermöglichte, in allen grundlegenden Fragen zu einer Verständigung zu kommen. Besonders erwähnt zu werden verdient die Tatsache, daß auch ein großer Teil der sich zur Opposition bekennenden Delegierten für die bisher geübte Tarifpolitik eingetreten sei. Zu der Frage der Schaffung des Industrieverbandes sei mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gekommen, daß wir nur in einer geschlossenen Organisation des gesamten graphischen Gewerbes den Herrschergelassen der Unternehmer ein Paroli bieten könnten. Begrüßenswert sei die Umgestaltung unseres Statuts in einer der heutigen Zeit entsprechenden Weise. Zur Erhöhung der Arbeitsfähigkeit des Verbandsvorstandes trage jedenfalls der Beschluß bei, die Mitglieder des Verbandes an verschiedenen Zahlstellen zu delegieren. Zum Schluß gab der Berichterstatter noch die neuen Unterklassungs- und Beitragsätze bekannt. Da eine Diskussion nicht beliebt wurde, kann man ohne weiteres annehmen, daß die Mitglieder mit den Beschlüssen des Verbandstages einverstanden sind.

München. Mitglieder-Versammlung vom 28. Juli 1920. Die Kollegin Burkert erstattete den Rapport vom 2. Quartal. Aus demselben ist zu entnehmen, daß die Gesamteinnahmen an Eintrittsgeldern und Beiträgen 41 034,20 M. betragen. An die Hauptkasse wurden abgeliefert 22 454,20 M.,

ausgezahlt wurden an Arbeitslose 420,30 M., an Kranke 1487,60 M. und an Streikende 190,40 M. Der Bestand der Lokalkasse beträgt gegenwärtig 22 238,74 M. Die Mitgliederzahl ist in diesem Quartal von 1772 auf 1838 gestiegen. Kollege Gerstmeier gab im Namen der Revisionskommission die Erklärung ab, daß Kassa und Bücher in bester Ordnung vorgefunden wurden. Kollege Lehmeier berichtete über die gefaßten Beschlüsse ideellen Inhalts und kam zu dem Schluß, daß trotz heftiger und scharfer Aussprache ein Weg gefunden wurde, der die streitenden Brüder wieder zusammengeführt hat. Ist es in Zukunft der sogenannten geschlossenen Opposition Ernst, für die Gesamtkollegenenschaft zu arbeiten, so besteht die Aussicht, daß fruchtbringende Arbeit zu erwarten ist. Auch von der anderen Seite wird versucht werden, alles zu vermeiden, was störend auf ein gemeinsames und gezieltes Arbeiten einwirken könnte. Kollege Schmid berichtete über die gefaßten materiellen Beschlüsse und unterbreitete gleichzeitig der Versammlung einen Antrag der Verwaltung, der die Erhöhung der Ortsbeiträge für die drei ersten Klassen auf 50 Pfg. und in der 4. Klasse auf eine Mark pro Woche ab 1. Oktober wünscht. In der Aussprache kritisierte Kollege Höfler zunächst, daß er nicht als Delegierter nach Frankfurt gewählt wurde, was ihn veranlaßte, auf eigene Kosten dorthin zu fahren. In seiner weiteren Kritik ließ er kein gutes Haar an den Beschlüssen des Verbandstages, verlangte von der Versammlung, daß sie ihm 300 M. Schulden, die er im Interesse der Münchener Kollegen in Frankfurt gemacht hat, aus Ortsmitteln zurückerstattet und bezeichnete sich als die geistige Führung in München. Kollege Schmid rechnete mit Kollegen Höfler scharf ab, stellte manche unrichtigen Ausführungen Höflers richtig und empfahl der Versammlung, aus prinzipiellen Gründen die Schulden, die Höfler in Frankfurt gemacht hat, nicht zu bezahlen. Kollege Bischer bittet, daß man endlich einmal die politischen Streitereien aus den Versammlungen weglassen solle, denn die Mitglieder haben keine Lust, bei jeder Versammlung diesen fortwährenden Quatsch mitanzuhören, was der heutige Besuch der Versammlung zur Genüge beweist. Kollege Hörmann trat dafür ein, daß, nachdem der Verbandstag gesprochen habe und die dort gefaßten Beschlüsse seinen Erwartungen zu einem großen Teile entsprechen, nunmehr nach den neuen Richtlinien zu arbeiten sei. Aufgabe des Verbandsrates müsse es jedoch sein, diesen unglücklichen Beschluß in der Zusammenkunft der unbesoldeten Vorstandsmitglieder einer Revision zu unterziehen. Damit war die Diskussion über den Verbandstagsbericht erledigt. Die Abstimmung über den Ortsbeitrag ergab die einstimmige Annahme des Vorschlages der Verwaltung. Unter Verschiedenes wurde die Wahl einer Wahlprüfungskommission für die Verbandsratsmitglieder des Gaues 4 vorgenommen, in welche die Kollegen Müller, Fichtner, Wagner, Scherl und die Kollegin Auernhammer gewählt wurden. Als Kandidaten zum Verbandsrat wurden der Kollege Hörmann und die Kollegin Saban in Vorschlag gebracht. Kollege Höfler schlug sich als Beiratsmitglied selbst vor, was allgemeine Heiterkeit erweckte, doch lehnte die Versammlung diesen Vorschlag einstimmig ab. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten erfolgte Schluß der Versammlung.

Ausblick.

Lohnausfallvergütung für die Arbeitnehmerbeisitzer der Schlichtungsausschüsse. Der preussische Minister für Handel und Gewerbe und der Reichsminister der Finanzen haben folgende Verfügung erlassen:

Der Minister für Handel und Gewerbe.

Berlin, den 18. Juni 1920.

Der Reichsminister der Finanzen.

Berlin, den 8. Juni 1920.

Nach Mitteilung des Herrn Reichsarbeitsministers ist die Frage, betreffend Befolgung der Weisung der Schlichtungsausschüsse, in dem Gesetzentwurf einer Schlichtungsordnung, der seiner Fertigstellung entgegengeht, neu geregelt worden. Bis zum Inkrafttreten der Schlichtungsordnung muß es bei den bisherigen Bestimmungen über die Vergütung der Weisiger in den Schlichtungsausschüssen sein Bewenden behalten. Jedoch will ich mich zur Vermeidung von Härten damit einverstanden erklären, daß den Weisigern beim Nachweis des Ausfalles eines das zuständige Tagelohn übersteigenden Arbeitsverdienstes der Mehrbetrag aus Reichsmitteln erstattet wird. Soweit die Beschäftigung des

Weisigers nicht gegen festen Tagelohn erfolgt, wird der Nachweis des zugrunde zu legenden durchschnittlichen Tagesverdienstes aus der letzten Lohnabrechnung zu entnehmen sein.

Im Auftrage: gez.: (Unterschrift).

Im Anschluß an obige Verordnung ist nach Rücksprache mit dem Herrn Oberpräsidenten als Demobilisierungskommissar für Groß-Berlin von den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzern des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin in der 6. Sitzung der 22er Kommission vom 30. Juni 1920 beschlossen worden, die Feststellung der tatsächlich veräumten Arbeitsstunden und des Lohn- oder Gehaltsausfalles der Arbeitnehmerbeisitzer dem Schlichtungsausschuß Groß-Berlin zu überlassen.

Bekanntmachung.

Die Herren Arbeitgeber im Bereiche des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin werden gebeten, den in ihren Betrieben beschäftigten Arbeitern und Angestellten, die als Weisiger für den Schlichtungsausschuß Groß-Berlin verpflichtet sind, auf der Rückseite der Weisigerlabung 1. die übliche Arbeitszeit, 2. den durchschnittlichen Stundenverdienst zu bescheinigen.

Die Herren Arbeitnehmerbeisitzer werden aufgefordert, sich rechtzeitig nach Erhalt einer Labung wegen obiger Angaben mit dem Arbeitgeber sofort in Verbindung zu setzen.

Die Herren Vorsitzenden der einzelnen Schlichtungskammern werden gebeten, die Höhe des Verdienstausfalles den solchen erlebenden Arbeitnehmerbeisitzern zu bescheinigen.

Berlin, den 15. Juli 1920.

Schlichtungsausschuß Groß-Berlin.

Die Geschäftsführung: Dr. Hevelerl.

8 1/2 Millionen Gewerkschaftsmittglieder. Nach einer bei den Vorständen der Gewerkschaften des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes veranstalteten Umfrage hat die Mitgliederzahl des A. D. G. B. die Zahl von 8 1/2 Millionen überschritten. Davon zählen 14 Verbände über 100 000 Mitglieder, und zwar die Metallarbeiter 1 700 000, Landarbeiter 700 000, Fabrikarbeiter 650 000, Transportarbeiter 600 000, Textilarbeiter 504 000, Bauarbeiter 500 000, Eisenbahner 500 000, Bergarbeiter 436 000, Poliarbeiter 420 000, Angestellte 400 000, Gemeinbedienter 294 418, Schneider 157 000, Tabakarbeiter 110 000 und Schuhmacher 100 000. Diese 14 gewerkschaftlichen Großmächte umfassen zusammen 7 068 000 Mitglieder oder 85,6 Proz. der gesamten Mitgliederzahl des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Was der Kapitalist in seine Tasche steckt, zeigen uns die Veröffentlichungen über die zehnjährige Eigenproduktion der amerikanischen Gewerkschaften. So hat z. B. die Eisenbahner-Union ihren ungeheuren Streikfonds zum Ankauf von Textilfabriken verwandt. Und die Folge war, daß sich die Gewerkschaft innerhalb von wenigen Monaten mit allem Kleingüterbedarf versorgte, und zwar zu einem Preise, der 30 bis 60 Prozent unter dem Marktpreise des Einzelhandels lag! Man zahlte z. B. 1,41 Dollar für Handschuhe, die sonst 2,50 Dollar kosteten. Und Unterkleidung kostete nun statt 2 Dollar nur 1,20 Dollar. Es ist verständlich, wenn die deutsche Unternehmerrasserie vor solchen Veröffentlichungen Angst bekommt und dringend zur Herabsetzung der Waren auffordert, da man sonst auch in Deutschland zu einer solchen Selbsthilfe schreiten würde. Jedenfalls lassen uns diese Angaben die Riesengewinne erkennen, die der Kapitalismus in seine Tasche steckt und für die der Arbeiter seine Kraft hergeben muß.

Abrechnungen.

Abrechnungen des 2. Quartals gingen ein:
 Gau 3: Neustadt a. S. 333.— M., Ludwigshafen: 1705.— M.
 Gau 4a: Ansbach 911,20, Bamberg 414,95, Bayreuth 1035,25, Hof a. S. 353,50, Erlangen 220,80, Kulmbach 212,05, Nürnberg 23 877,60, Schwabach 79.—, Würzburg 2032,55, Einzelzahler 185,90 M.
 Gau 6: Altenburg 3401.—, Borna 257,55, Cöthen 654,39, Crimmitschau 2152,77, Eisenach 584,97, Erfurt 2647,40, Ger a 2113,47, Gotha 959,18, Gräfenhainichen 194,23, Greiz 641,50, Groitzsch 203,64, Halle a. S. 5736.—, Hildburghausen 106,01, Jena 477,55, Langensalza 215,91, Naumburg 532,70, Rößned 1483,74, Rudolstadt 74,56, Weimar 772,31, Zeiz 757,47, Einzelzahler 224,54 M.
 Gau 8: Berlin am 9. 7. eingegangen: 130 907,75 M.

S. Sudahl.